

\$76 8 Europ'aisches Parlament

_ EP # 79-113, rue Belliard

w PE 1 8-1040 BrUssel

%1 .1 a- (00 32-2) 2 34-36 49

Barbara Simons Europaisches Parlament

Palais de VEurope

F-67006 StraBburg

'8' (00 33-88) 37-55 96

Mitglied

des Europa'ischen Parlaments

EuropabUrO

OdeonstraBe 15/16

D-S000 Hannover 1

PRESSENITTEILUNG 8(0511)1674-269

Hannover, 27.'Junl 1990

Nr.: 71/90

Barbara Simons MdEP: "SUDafrika-ErkIERung des Dubliner Gipfels ist zu
. begrUBen"

"D13 Erklarung der EG-Staats- und Regierungschefs zur Lage ln SUDafrika
ist zu begrUBen. Es ist rlchtl9, daB die Europaische Gemelnschaft
an lhren Sanktionen festhalt und das 2191 ihrer SUDafrika-Politik,
n\$mlch die vollstandige Abschaffung der Apartheid, und zwar ohne Ver-
zbgerung, bekräftigt hat", erk15rte Barbara Simons (Hannover), SUD-
afrika-Sprecherln der Sozialistischen Fraktion lm Europaischen Par-
lament, zum Ausgang des Dubllner EG-Gipfels.

Die Erk15rung von Dublln wertete die SPD-Politlkerln aIS Anerkennung
der besonnen PoIitik von Nelson Mandela und des African National Con-
gress. Schlle3llch sei es der ANC gewesen, der die Inltlatlve fUr die
Gesprache Uber Verhandlungen zur Beseltigung der Apartheid ergriffen
hatte. Nelson Mandela habe auf seiner Europa-Relse mit groaartigem En-
gagement und viel Uberzeugungskraft um UnterstUtzung fUr elnen fried-
llchen Handel ln SUDafrika geworben.

"D19 EG muB lhre Antl-Apartheid-Sanktionen fortsetzen, bis eln Abkom-
. men Hber die Schaffung einer neuen Verfassungsordnung ln SUDafrika ab-
geschlossen ist, unter der alle BUrger in einer nlcht-rassl5tlchen,
demokratischen GeseIIenschaft als Gleichberechtigte behandelt werden",
betonte Barbara Simons. Sie wies ergänzend darauf hln, daB auBerdem
die positiven MaBnahmen verstärkt werden mUBten. Die von den EG-Aus-
senministern ln Aussicht gestellte Erhahung der EG-Mlttel fUr das Son-
derprogramm fUr die Opfer der Apartheid von derzeit 30 Millionen ECU
auf 42 Millionen ECU lm Jahr 1991 sei zu wenig. Das Europaische Parla-
ment werde eine Verdoppelung der Mlttel auf 60 Mllllonen ECU fordern,
damit zusEtzliche EG-Mittel fUr die aus dem Exil heimkehrenden SUD-
afrikaner und fUr einen Treuhandfonds zur Unterstutzung des Demokrati-
sierungsprozesses ln SUDafrika zur Vernngung stehen warden, kUndigte
die SPD-Politikerin an.

-.--als